



## Energiewende sozial gerecht voran bringen

Energiewende sozial gerecht voran bringen  
"Die Bundesregierung muss sich endlich lösen vom Einfluss der Atomkonzerne und Ernst machen mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und des Stromnetzes. Bundeskanzlerin Merkel soll sich den ehrgeizigen Zielen der Länder anschließen und die wirtschaftshörigen Bremsen von der FDP ignorieren." fordert die stellvertretende Parteivorsitzende der Linken, Caren Lay (MdB) anlässlich des heutigen Energiegipfels der Kanzlerin mit den Länderchefs.  
Die Energiewende muss voran kommen, aber sie muss sozial gestaltet werden. Die Kosten des ökologischen Umbaus dürfen nicht einseitig den privaten Stromkunden und kleinen Unternehmen aufgebrummt werden. Industrie und Energiekonzerne müssen beteiligt werden. Die unberechtigten Rabatte und milliardenschweren Stromgeschenke müssen gestrichen werden. Die Stromkonzerne machen Megaprofite. Dann sollen sie auch für die Energiewende aufkommen.  
Um die Willkür bei der Strompreisbildung zu beenden, fordert DIE LINKE eine effektive staatliche Aufsicht und Kontrolle der Preise. Wir wollen den Stromtarif sozial gestalten und Anreize zum Stromsparen geben durch ein sozial-ökologisches Sockeltarifmodell und eine Abwrackprämie für Energiefresser. Außerdem setzt sich DIE LINKE für ein Verbot von Stromsperrern ein. Denn Strom gehört zum modernen Alltag dazu.  
Stromversorgung ist ein Grundrecht.  
DIE LINKE  
Daniel Bartsch  
Email: [daniel.bartsch@die-linke.de](mailto:daniel.bartsch@die-linke.de)

## Pressekontakt

DIE LINKE

10178 Berlin

[daniel.bartsch@die-linke.de](mailto:daniel.bartsch@die-linke.de)

## Firmenkontakt

DIE LINKE

10178 Berlin

[daniel.bartsch@die-linke.de](mailto:daniel.bartsch@die-linke.de)

Die Partei DIE LINKE vereinigt seit Mitte 2007 unterschiedliche politische Kräfte aus Ost- und Westdeutschland, Menschen mit DDR-Biografien und Menschen mit BRD-Biografien. Sie weiß, dass sie die seltene historische Gelegenheit hat, aus unterschiedlichen Erfahrungen, gewonnen in Ost und West und im vereinigten Deutschland, etwas neues, eine gesamtdeutsche Linke aufzubauen.